

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Grunemann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

S. M. S. „Brandenburg“.

Man schreibt uns aus Kiel: Am 17. d. Mts. lief im Kriegsschiffe von Kiel S. M. S. „Brandenburg“ ein, eins unserer vier S. M. S. im Reichsflotte, vollständig gepanzert und als erstes mit seinen schweren und leichten Geschützen vollständig ausgerüstet. Man wird sich erinnern, wie bei den Verhandlungen um diese Schiffe geäußert wurde, daß unsere heimische Industrie im Stande sein würde, in angemessener Zeit eine so hohe Leistung zu vollbringen, wie sie der Bau dieser Schlachtschiffe darstellt. Um so stolzer kann unsere Industrie jetzt sein, wo der volle Erfolg ihr Wert zeigt, denn S. M. S. „Brandenburg“ hat ihre erste Probe geradezu glänzend bestanden. Das im Reichs-Marine-Ministerium, bei der Aktiengesellschaft Vulkan in Bremen bei Stettin im Sommer 1890 angefangene Schiff war schon im Frühjahr 1892 soweit im Bau vorgeschritten, daß die im schwimmenden Schiff fertig montierte Maschine unter Dampf probiert werden konnte. Die Fertigstellung wurde indes verzögert durch verspätete Lieferung des neuartigen Panzers aus Nickelstahl. Nachdem die Panzerung vollendet und die gesamte Artillerie aufgestellt war, wurde vor der Ueberführung des Schiffes im Hafen von Swinemünde die Maschine noch einmal in langsame Gangart probiert, dann der Weg nach Kiel angetreten und während der Reise die Maschine gleich auf nahezu höchste Leistung getrieben. Ohne den geringsten Anstoß arbeitete sie mit dieser während der vorgeschriebenen längeren Dauer. Es ist gewiß ein Zeichen vollkommener Technik, wenn eine so große Maschinenanlage sofort und ohne eigentliche Vorproben im Stande ist, der vollen Beanspruchung zu genügen. Die Maschinen sollten konstant mindestens 8000 Pferdekraft leisten, aber bei dieser ersten Probe in See stiegen die Pferdekraft bis auf 9640. Der ganz erhebliche Ueberdruck wurde noch dazu ohne besondere Forcierung erreicht, in einer Weise, die man in England „mit natürlichem Zuge“ bezeichnet. Wenn man die riesige Anlage betrachtet, mit ihren 12 großen Kesseln, in 4 wasserdichten Abteilungen, ihren beiden dreifachhülsenigen, stehenden Maschinen, welche in 2 durch ein wasserdichtes Längsschott von einander getrennten Räumen untergebracht sind, sich dabei vergegenwärtigt, daß die Schraubenellen mit etwa 110 Umdrehungen in der Minute herumgedreht werden, so muß man staunen über den Wuth, dieselben gleich auf volle Kraft in Anspruch zu nehmen. Den Wuth gab die Sicherheit in Konstruktion, Ausführung und Aufstellung der tausenderlei großen und kleinen Theile des komplizierten Apparats. Das Schiff liegt dabei ruhig, man merkte kaum, daß die Maschinen im Gange waren. Während auf neueren Schiffen vielfach geflagt wird, daß die Maschinen dem Schiffskörper die unangenehmsten Erschütterungen erteilen — (wie auf dem eben fertig gestellten höchsten Produkt des englischen Schiffbaues, der „Compania“) —, verhält sich die „Brandenburg“ in allen ihren Theilen, vorn und hinten, oben und unten, durchaus ruhig, was der guten Konstruktion des Schiffes und der richtigen Maschinenvertheilung in den getragenen Theilen der Maschinen zuzuschreiben ist. Die Aufzählung in den Maschinenräumen, über die anderwärts ebenfalls geflagt wird, ist hier eine so gute, daß die Räume beinahe ruhig zu nennen sind. Die Geschwindigkeit, die das Schiff bei dieser nicht freiziehenden Maschinenleistung erreichte, betrug 16 1/2 Knoten. Es liegt daselbst daher auch in dieser Beziehung vollkommen ebenbürtig den englischen und französischen Schlachtschiffen ähnlicher Größe zur Seite und alle die Verurtheilungen über unzulängliche Geschwindigkeit, die in Reichstag und Presse seiner Zeit laut wurden, dürften nunmehr widerlegt sein.

Ganz besonders hervorzuheben ist noch die außerordentliche Drehfähigkeit, welche die „Brandenburg“ besitzt. Sie steuert wie ein Boot, wie man so zu sagen pflegt. Das zeigte sich so recht, als das Schiff in dem kleinen Hafen angekommen, unter eigenem Dampf und ohne irgend welche Beihilfe von Booten oder Trossen, in die enge Verengung einlief, lediglich durch Vor- und Rückwärtsarbeiten mit den Schrauben, im Ausrichtungsgebinde drehte, trotzdem daselbst mit Schiffen und Verfahrwegen besonders beengt war, und sich mit dem Wuth nach außen an den Quai legte. Eine derartige Manövrierfähigkeit ist für ein Schlachtschiff, das rammen und dem Kampfschiff des Gegners ausweichen soll, nicht hoch genug anzuschlagen.

Das Schiff giebt wegen seiner guten Verhältnisse und seines unauffälligen, grauen Anstriches von außen nicht den vollen Eindruck seiner Größe, gewährt aber doch mit seinen drei Panzerthürmen und daraus hervorragenden Doppelschiffen, den beiden hohen und kräftigen Stahlgeschütztürmen, den beiden dicken Schornsteinen einen mächtigen, achtungsgebietenden Anblick.

In Stärke von Panzer durchschlagenden, schweren Geschützen ist „Brandenburg“ wohl allen schwimmenden Panzerschiffen mindestens ebenbürtig. Jedes der 6 Stück 28 Zentimeter-Geschütze wiegt 44 Tonnen, je 2 stehen innen nebeneinander in einem Panzerturm; ein Panzerturm steht vorn, einer in der Mitte und einer hinten auf Deck. Die zahlreichen Schnelllade-Geschütze von 10 1/2 Zentimeter und 8 1/2 Zentimeter Kaliber sind zwischen und über ihnen aufgestellt.

Von den drei Schwesterschiffen der „Brandenburg“ macht die von der Aktiengesellschaft Germania gebaute „Worth“ jetzt ihre Probefahrt und hat dabei dieselben Erfolge aufzuweisen wie „Brandenburg“. Sie ist bis auf die Artillerie ebenfalls fertig. Die „Weissenburg“, in Bau bei dem Vulkan, der „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, in Bau bei der kaiserlichen Werft Wilhelmshafen, werden im nächsten Frühjahr bereit sein. Somit wird die Marine im nächsten Jahre einen außerordentlichen Zuwachs erhalten, der ihr um so nöthiger war, als die übrigen Panzerschiffe von Jahr zu Jahr mehr veralten und unzulänglich — um nicht zu sagen der eigenen Marine gefährlich — werden gegenüber dem Fortschritt der Waffen.

Mit Abschluß des Baues dieser 4 Schiffe, durch welche unsere heimische Industrie ihre hohe Leistungsfähigkeit im Kriegsschiffbau aufs neue bewiesen hat, wird hoffentlich der Bau von Panzerschiffen nicht unterbrochen. Wie die kaiserliche Marine Ersatz für ihre veralteten Panzerschiffe braucht — über welche die italienische Seemilizie, die den letzten Herbstmanövern beizuwohnen, mittheilte die Absicht gehabt haben sollen —, so brauchen die Schiffbauwerften Uebung und Beschäftigung für ihr zahlreiches Arbeiterkorps.

Jetzt, nachdem die genaue Feststellung der Ursachen für den Untergang des englischen Panzerschiffs „Victoria“ ergeben hat, daß das Schiff über Wasser geblieben wäre, wenn nicht eine erhebliche Zahl von wasserdichten Thüren, die hätten geschlossen sein sollen, offen geblieben wären, dürfte die aus diesem Unglück gegen den Bau schwerer Panzerschiffe hergeleiteten Gründe als nicht stichhaltig allgemein anerkannt sein. Für den Fachmann war diese Beweisführung nicht erst nöthig, denn er war sich auch so über die Unrichtigkeit jener Schlussfolgerung aus dem Untergang des schönen und kostbaren Schiffes im Klaren. Es bleibt nur übrig zu erwähnen, daß Seine Majestät der Kaiser dem Vulkan für die guten Leistungen beim Bau der „Brandenburg“ seine besondere Befriedigung hat aussprechen lassen.

Deutschland.

Berlin, 25. November. In den preussischen Ministerien ist man mit der Fertigstellung der Vorlagen für den preussischen Landtag beschäftigt, der am 16. Januar zusammentreten wird. Der Staatskanzler hat die Eisenbahnvorlage, welche die Hauptgegenstände der Arbeiten der ersten Tagung des neuen Gesetzgebungsabschlusses bilden.

Der Gesetzentwurf über die Abzahlungs-Geschäfte ist jetzt auch im Reichstag eingegangen. Die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs waren bereits in einer Vorlage enthalten, welche, in Verbindung mit selbstständigen Anträgen des Reichstages, in der Session von 1892/93 beschäftigt hatte. Der Gesetzentwurf wurde damals in einer Kommission durchberathen, kam aber, obgleich sachliche Hindernisse nicht vorhanden waren, im Plenum nur bis zur Mitte der zweiten Berathung.

Wie die „Kreuzzeitung“ meldet, hat Präsident Dr. Barthhausen Jerusalem am 9. wieder verlassen, um zunächst die evangelische Gemeinde in Jaffa, dann in Haifa zu besuchen. Des Weiteren beabsichtigt er, auch den dem preussischen Oberkirchenrath unterstellten deutsch-evangelischen Gemeinden in Beirut, Alexandria, Kairo, Smyrna, sowie in Italien einen Besuch zu machen, um sich durch den Augenschein über den Stand dieser Gemeinden zu informieren und persönlich ihre Bedürfnisse und Wünsche kennen zu lernen.

Deute Vormittag treten, wie wir schon vor einigen Tagen mittheilen konnten, auf Veranlassung des Handelsministers hier die Ober- und Regierungspräsidenten der Provinz Ost- und Westpreußen, Pommern und Schleswig-Holstein mit Vertretern von Handel und Industrie aus den preussischen Industriezweigen zusammen, um den voranschreitenden Einfluß des Nord-Deutsche Kanals nach seiner Fertigstellung auf die Industrie zu erörtern. Insbesondere soll der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge auch die Frage in Berathung gezogen werden, ob und welche Vorkehrungen getroffen werden können, um den Nord-Deutsche Kanal für die Entwicklung der preussischen Industrie nutzbar zu machen.

Der öffentliche Gastwirthschaftsverband hat sowohl dem Reichstag, als auch den Ministern des Innern und der Finanzen eine Denkschrift überreicht, in welcher verschiedene den Stand der Gastwirthschaft betreffende Fragen im Sinne der vom Reichstag beschlossenen Gesetze vom 6. Juni d. J. geäußert werden sollen. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ erzählt, sollte gestern eine Deputation des ostpreussischen Gastwirthsverbandes unter Führung seines Vorsitzenden, Weidemann, vom Ministerpräsidenten in dieser Angelegenheit empfangen werden, während für heute der Finanzminister zugesagt hatte, von der Deputation mündliche Erklärungen zu der gedachten Denkschrift entgegenzunehmen.

Die „Damburger Nachrichten“ berichten die „Kölnische Zeitung“ bezüglich ihres Biernachrichts. Darnach theilte General Hahnke dem Fürsten mit, der Kaiser erwarte das Entlassungsgesuch Biernachs und wolle den Fürsten zu diesem Zwecke am 2. Uhr empfangen. Fürst Biernach erbat, seinen schlechten Gesundheitszustand vorzulegen, eine Frist beizugeben für schriftliche Eingabe. Er berief dann auf drei Uhr das Staatsministerium ein. Später erst sei Lucasus gekommen, nicht mit der Aufhebung der bekannten Kabinettsordre, sondern mit Exhortation wegen des Abschiedsgesuches. Der Artikel schließt: die Biernach Darstellung enthalte bezüglich der Chronologie und mancher Details ebenfalls Unrichtigkeiten, aber keine tendenziösen. Derselbe habe dem Fürsten nicht zur Verbesserung und Vervollständigung vorgelegt.

Der Zentralrat der deutschen Gewerkschaften hat in seiner letzten Sitzung zunächst einen Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, in den Betrieben des Reichs und der Bundesstaaten (Eisenbahnwerkstätten etc.) die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt und darauf nach längerer Besprechung unter Ablehnung aller übrigen Anträge beschlossen, nachfolgende Petition an den Reichstag zu richten:

Der hohe Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den Betrieben des Reichs und der Bundesstaaten

1. eine Statistik über die gesamten Arbeiterverhältnisse, namentlich über die Dauer der täglichen Arbeitszeit nach Arbeiterkategorien, mit besonderer Berücksichtigung der Ueberstunden, die Nacht- und Sonntagsarbeit, über die gezahlten Individuallöhne, die Freizeiten und Tage der Lohnzahlung bezw. Abschlagszahlung und Abrechnung, über Zahl und Alter der neu bezw. wieder eingestellten und der entlassenen Arbeiter, nebst den Gründen der Entlassung, nach gleichartigen Formulareintragungen und ab und zu in regelmäßiger Wiederkehr erhoben und dem Reichstage vorgelegt werde;

2. eine tägliche Arbeitszeit von höchstens neun Stunden, für Bergwerke und andere gesundheitsgefährliche Betriebe bezw. Beschäftigungen von höchstens acht Stunden sowie wöchentliche Lohnzahlung, mindestens aber Abschlagszahlung eingeführt werde;

3. bei der zeitlichen Eintheilung der Arbeiten wesentlich darauf Rücksicht genommen werde, daß die Arbeiter dauernd das ganze Jahr hindurch beschäftigt und in Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht Verarmung, sondern, soweit irgend möglich, Vermehrung der Arbeiterzahl erfolge.

Mit der Ausbreitung der Begründung dieser

Petition wurde der Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch beauftragt.

Als Bebel neulich vor sozialdemokratischen Parteitag in Köln zurückkehrte, soll er, wie damals in verschiedenen Blättern berichtet wurde, geäußert haben, er sei von dem Erfolg des Parteitages sehr befriedigt und fühlte sich kampfslustiger als je. Diese Aeußerung hat reichliche Bestätigung gefunden: Bebel befindet sich bereits jetzt mitten im Kampfgewühl und theilt seine Streiche nach allen Seiten aus, wo er auf Gegner stößt; nur sind diese nicht die, die er in jener Aeußerung im Sinne gehabt hat, die Gegner der Sozialdemokratie, sondern sein Kampf richtet sich gegen die eigenen Genossen, die er durch sein geringes, ja feindseliges Beurtheilung des Gewerkschaftswesens als das schwächste verlegt hat. Bis jetzt ist in der Parteipresse und den Parteiverfammlungen außer einigen Kollegen im Parteivorstande kaum ein namhafter Genosse für ihn eingetreten, dagegen regnet es Vorwürfe und Angriffe gegen ihn von allen Seiten, namentlich aber aus Süddeutschland und aus Hamburg, wo v. Arn, der noch bei den letzten Reichstagswahlen von Parteivorstande als Kandidat aufgestellt war, jetzt aber schon nicht mehr „Genosse“, sondern „Herr“ genannt wird (ähnliches widerfuhr seine Zeit v. Vollmar), die Gewerkschaften, namentlich die der Tabakarbeiter, mit Nachdruck gegen Bebel und Auer vertheilt. Wie es in diesem Kampf vergeht, ist hinreichend ersichtlich, wenn man nur auf die beiden letzten Nummern der „Vorwärts“ hinweist. In der einen beginnt v. Arn einen Artikel gegen Bebel mit den Worten: „Wenn beschimpfen widerlegen heißt, dann hat mich Bebel allerdings gründlich widerlegt“, worauf dann weiter von den giftigen Pfeilen Bebel's a. f. w. geredet wird. In der anderen Nummer zieht Auer gegen v. Arn zu Felde und läßt es an neuen Beweisen für seine den Genossen bekannte Grobheit nicht fehlen. „Herr v. Arn“, schreibt er unter Anderem, „hat in Bezug auf mich bewiesen die Unwahrheit gesagt, d. h. er hat gelogen und mich verleumdet. Ich anerkenne das Recht der Genossen auf rückhaltlose offene und scharfe Kritik eben so, wie ich meinerseits auch gewohnt bin, sie gelegentlich zu üben. Für Lug, Trug und Verleumdung habe ich aber nur ein Gefühl, und das ist das der Verachtung.“ Was soll doch in dem Zukunftsstaat nach der immer niedrigeren Vertheilung der sozialdemokratischen Preise das Alleinherrschende sein, nach dem Alles geregelt wird? Die allgemeine Menschlichkeit und Friede und Glückseligkeit — so sehr, daß unter Anderem die Gerichte ganz aufgehoben werden sollen, weil es dann keinen Streit mehr giebt und sie daher nichts mehr zu thun haben werden. Hin und wieder, so auch jetzt, bekommen die Genossen einen kleinen Vorgeschmack von dem ewigen Frieden, der ihnen verheißen ist.

Die von allen ersten Bankfirmen Berlins zusammenberufene Versammlung von Vorständen, die gestern unter dem Vorsitz des Generalanwalts (Kamrad) im großen Saale der Börse tagte, durfte sich wohl kaum darüber täuschen hingeben, daß ihr Einspruch gegen die Einführung der Vorsteuer gehört verhallen wird. Die Gründe, die gegen diese Steuer angeführt werden, sind nicht ganz unzutreffend. Wenn sie aber auch viel besser wären, so würde das auch nichts helfen, denn nicht nur die Zusammenfassung des Reichstages, sondern auch die allgemeine Ertragsmacht macht die Annahme der Steuer zweifellos. Die Ueberleitung des Marktes mit schlechten creditiven Werthen, an denen jetzt umgeben viel Geld verloren wird und die hier nicht hätten eingeführt werden können, wenn die Börse und die großen Ausgabehäuser ihre Aufgabe mit mehr Gewissenhaftigkeit aufgefaßt hätten, bildet eine Hauptursache der gegen die Börse herrschenden Verstimmung.

Das Magistratskollegium hat beschlossen, dem Oberpräsidenten zu antworten, daß es die Vorschläge des Ministers für Handel und Gewerbe in Bezug auf die Organisation des Handels und die Regelung des Verkehrswezens zur Erfüllung der beabsichtigten Zwecke nicht für geeignet erachtet; die Durchführung der geplanten Organisation würde auch auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Diese Ansicht wird in einer ausführlichen Denkschrift niedergelegt werden.

Wie der „Köln. Ztg.“ aus Darmstadt gemeldet wird, begiebt sich im Namen des Großherzogs Generaladjutant Werber zur Beilegung der Leiche des ehemaligen Fürsten Alexander von Bulgarien nach Sofia. Außerdem soll die Leiche von den Prinzen Franz Josef und Heinrich, sowie dem Kabinetsrath Menges begleitet werden. Den „Dess. Volksbl.“ zufolge sandten der Zar und sämtliche Großfürsten bezügliche Beileidetelegramme an die Mutter des Grafen Hartenau. Im Auftrage des 2. hessischen Dragoner-Regiments ist Major von Biegeleben nach Sofia gereist, um der Beilegung des Grafen Hartenau beizuwohnen und einen Kranz am Grabe niederzulegen.

Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: Die „Reichs-Zeitung“ bezieht in ihrer Morgen-Ausgabe vom 28. Oktober d. J. das preussische Militär-Strafverfahren und führt dabei unter Anderem an, daß

1. gegen Verbrecher, die lägen oder verstockt sind, auch heute noch körperliche Züchtigung einzuwirken könne,

2. das Zeugniß eines Juden im preussischen Militärprozeß fortwährend ein minderwertiges sei.

Dadurch muß die Ansicht verbreitet werden, als ob in Wirklichkeit derartige, aus der alten preussischen Kriminalordnung entnommene Vorschriften im Militär-Strafverfahren noch zu Recht bestünden. Dies widerspricht den thatsächlichen Verhältnissen, indem zunächst die körperliche Züchtigung als kriminelle Strafe bereits durch den Allerhöchsten Erlaß vom 6. Mai 1848 abgeschafft und auch als Disziplinarstrafe längst beseitigt ist. Schon der § 106 der Militär-Strafgerichtsordnung vom 3. April 1845 bestimmt ausdrücklich, daß wegen Missethaten der Disziplinarstrafe — geschweige denn das Strafmittel der körperlichen Züchtigung — statfindet. Was ferner die im militärischen Verfahren dem Zeugniß der Juden beizulegende Glaubwürdigkeit anlangt, so sind die diese Frage betreffenden Bestimmungen der Kriminalordnung durch den § 7 des preussischen Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 außer Kraft gesetzt. Sie würden überdies, selbst wenn sie nicht schon durch dieses Gesetz aufgehoben wären, gegenüber den Vorschriften des Reichsgesetzes — betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung vom 3. Juli

1869 — nicht fortbestehen können. Der vorerörterte Gesetzesentwurf entspricht die thatsächliche Anschauung der Militär-Rechtspflege, und es kann hinzugefügt werden, daß es der „Reichs-Zeitung“ unmöglich sein würde, auch nur einen Fall anzuführen, der die Wahrheit ihrer Behauptungen darzuthun geeignet wäre.

Göhrde, 24. November. Se. Majestät der Kaiser traf heute Mittag 12 Uhr im hiesigen Jagdschloß ein; um 1 Uhr erfolgte der Aufbruch zur Jagd auf Säuen im Revier Saure Wiesen. An der Hofjagd nahmen Theil: Ihre k. k. Hoheiten die Prinzen Heinrich, Albrecht und Friedrich Leopold, der Großherzog von Oldenburg, die Prinzen Christian, Friedrich, Ferdinand und Albert von Schleswig-Holstein und Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe. Die Gesamtschreck betrug 33 Stück, die Rückkehr von der Jagd erfolgte um 3 1/2 Uhr.

Braunschweig, 24. November. Se. königliche Hoheit der Prinzregent Albrecht ist mit seiner Gemahlin und seinem jüngsten Sohne, dem Prinzen Friedrich Wilhelm, heute Abend aus Rammeg mittels Sonderzuges zum Winteraufenthalt hier eingetroffen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. November. Der Ausnahmehausch hielt heute eine nicht öffentliche Sitzung, welcher der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz und der Minister des Innern Baron von Vacquelin beizuwohnen. Das Verlesene Aktenmaterial betraf Exzepte, Straßendemonstrationen, einzelne hochverräterische und majestätsbeleidigende Vorfälle, welche in Prag sich ereignet hatten, sowie ferner durch die Gefühnoren erfolgte Freisprechungen, welche die Einstellung der Schwurgerichte zur Folge gehabt hatten.

Wien, 24. November. Die „Politische Korrespondenz“ meldet, daß die Konvention der Vereinigten Sanitätskonferenz durch die soeben in Rom eingegangenen portugiesische Ratifikationsurkunde, welche bisher noch ausstand, vollkommen perfekt geworden ist.

Wien, 24. November. Die Thatsache, daß zwischen dem österreichischen Kaiserthum und den Willebädern in München eine Zivilehe geschlossen wurde, zu deren gesetzlicher Gültigkeit die nachfolgende kirchliche Trauung nicht mehr unbedingt erforderlich war, diese Thatsache macht unter kirchlichen Blättern nachträglich Unbehagen, weil sie ihren Vorgesetzten einreden, die Einführung jenes vom Kaiser von Oesterreich in München gebilligten Trauungsverfahrens könne in Ungarn und Oesterreich bei den Unterthanen Se. Majestät die schädlichsten Folgen auf Erden und im Gegesatz nach sich ziehen. Kirchliche Blätter trösteten ihre Leser jetzt damit, daß die amtliche „Wiener Zeitung“ in der amtlichen Veröffentlichung des Münchener Ehebandnisses an der Spitze des Blattes nur die kirchliche Trauung erwähnte, die nach reichsdeutschem Recht allein rechtsgültige Ziviltauung aber verschweigt. Andererseits darf jedoch hervorgehoben werden, daß der richtungsweg halbamtliche Theil der „Wiener Zeitung“ auch die Ziviltauung sammt der Rede des Ministers von Graßheim aufgeführt meldet. Uebrigens hätte man die Zivilehe stillschweigend umgehen können, wenn die Trauung auf österreichischem Boden vollzogen worden wäre. Das junge Paar, Erzherzog Josef Augustin und Erzherzogin Auguste, sind gestern in Züme eingetroffen, wo ihnen die Stadt einen Blumenstrauch von fünf Fuß Durchmesser mit 1893 Rosen überreichte.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 22. November. Die wichtigste gesetzgeberische Arbeit, die unserm Lande bevorsteht, ist die Unfall- und Krankenversicherung; sie ist zugleich die schwierigste, weil im Augenblick, wo die Entwürfe nach langer Vorarbeit durch die eingehende Berathung einer großen Expertenkommission eine bestimmte Form erhalten haben, eine Art Volksparlament den eidgenössischen Räten vorgegriffen und kraft eines neuen Rechtes zum Voraus beschlossen hat, in welchem Sinn, ja sogar mit welchen Mitteln die Versicherung geschehen müsse. Dieses Volksparlament ist der Arbeiterkongress und das Recht ist dasjenige der Initiative. Der Beschluß ging dahin, es solle die unentgeltliche Krankenpflege vor allem Anderem eingeführt und zur Verringerung der Kosten das Tabaksmonopol errichtet werden, wogegen der für die Bundesversammlung bestimmte Entwurf die Lösung anders sucht und von einem Monopol nichts weiß. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen oder auszuführen, in welche Verlegenheit das Volksrecht der Initiative unser Land noch bringen könne, und sich darüber anzuschauen, ob wirklich bei uns das Tabaksmonopol, dessen Abzug der Bund noch zu andern Zwecken bedarf, so viele Millionen abwerfen würde, wie die den Sozialisten vor den Augen glänzen. Auch enthalten wir uns, die ganze Versicherungsfrage zu besprechen, weil hierzu noch Gelegenheit sich finden wird, wenn einmal die Sammlung der Unterschriften für das Volksbegehren begonnen oder der gewöhnlichen Erfolg gehabt hat und die Angelegenheit vor dem Parlamente liegt. Vielmehr möchten wir heute zwei andere Aufgaben berühren, deren Lösung schon näher liegt.

Belgien.

Brüssel, 24. November. Die letzte hier eingetroffene Post vom Kongo bringt die Nachricht vom Tode Mufura Ben Emin, des Sohnes Emin Paschas. Ben Emin starb am 26. August im Alter von einem Jahre. Seine Mutter war aus Sansibar gebürtig und hieß Hanna. Sie war die einzige Ueberlebende von der Karawane Emin Paschas und mit ihrem Kinde und einer großen Anzahl weiterer Gefangenen bei der Einnahme von Korumbu in die Hände des Führers der Nalaba-Expedition Pontier gefallen.

Frankreich.

Paris, 24. November. Präsident Carnot empfing heute Vormittag den hiesigen bayerischen Gesandten Freiherrn v. Zucher und den französischen Gesandten in München, Barrere.

Paris, 24. November. Die koloniale Gruppe der Kammer beauftragte ihr Bureau, am Montag bei dem Minister des Auswärtigen, Delisle, vorzusprechen und ihn um Aufklärung über den englisch-deutschen Vertrag betreffs Adamanas zu ersuchen und wenn ein solcher Vertrag existire, welche Stellung die Regierung einnehmen wolle, um die französischen Rechte zu wahren.

Italien.

Rom, 24. November. Deputirtenkammer. Saal und Tribünen sind überfüllt. Cavallotti veranlaßt einen lebhaften Zwischenfall anlässlich der Verlesung des Sitzungsprotokolls und befragt, daß die Sitzung gestern geschlossen wurde, während die äußerste Linke einen Antrag einbringen wollte. Der Präsident gab hierauf einige Aufklärungen. Mehrere Mitglieder der äußersten Linken griffen alsdann die Minister an. Der Finanzminister antwortete erregt, er sei ein ehrlicher Mann in demselben Maße wie irgend einer seiner Gegner und wolle die Moral wiederherstellen. (Lebhafter Beifall.) Der Ministerpräsident Giolitti erklärte, er sowie seine Kollegen wünschten, sobald wie möglich auf die Bank der Deputirten zurückzukehren, um die volle Freiheit des Wortes zu haben. (Lärm auf der äußersten Linken. Große Bewegung.) Giolitti theilte sodann die Demission des Kabinetts mit und fügte hinzu, der König habe sich seine Entscheidung vorbehalten. Die Minister würden provisorisch zur Erledigung der laufenden Geschäfte im Amte bleiben; er bitte die Kammer, sich zu vertragen. Seitens der äußersten Linken, namentlich seitens Imbriani's, wurde Giolitti lebhaft apostrophirt; dieser erwiderte auf das Befristete. Imbriani rief den Ministern zu: Ihr seid in der Noth gefallen. Giolitti erwiderte: „Welche Anstrengungen Ihr auch macht, Ihr vermögt nicht einmal meine Schutze zu beschwören.“ Die Kammer beschloß sodann mit allen Stimmen gegen diejenigen der äußersten Linken, sich zu vertragen. Hierauf wurde die Sitzung unter lebhafter Bewegung geschlossen.

Rom, 24. November. Senat. Ministerpräsident Giolitti machte Mittheilung von der Demission des Kabinetts und bat, die Sitzungen zu vertragen. Diefem Wunsch entsprechend wurde die Berathung beschlossen.

Rom, 24. November. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Krisis nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten verlaufen dürfte. Der König werde, so meint man, zunächst die Präsidenten der Kammern und hervorragende Mitglieder des Parlaments zu sich berufen.

Rom, 24. November. Der römische Gerichtssaal war heute der Schauplatz eines handhabe Zwischenfalles. Während der Verhandlung eines Verleumdungsprozesses des früheren Handelsministers Chimici gegen den bekannten Deputirten, Willonir und Gründer Fazzari erging sich Letzterer in Beleidigungen gegen Chimici's Advokaten, den Abgeordneten Denicolo. Sofort entledigte sich dieser der Loga und prägte Fazzari vor versammeltem Publikum ein. Die Tragikodie ist um so interessanter, als Fazzari (obgleich Ex-Garibaldianer) der einzige kirchliche Deputirte in der italienischen Kammer war und im Jahre 1886 eine Annäherung zwischen der italienischen Regierung und dem Papst vermittelte.

Rom, 24. November. Die offizielle „Italia Militare“ veröffentlicht eine Relation des Kriegsministers, welche die vielfach geäußerten Zweifel an der Schlagfertigkeit der Armee gründlich widerlegt. Die Kriegsstärke des Heeres betrug am 1. Juli 1 Million. Bei der Mobilisirung seien mit dem neu eingeführten System sechs Tage Zeit gewonnen, wobei hauptsächlich die Alpentruppen, die Artillerie und das Geniecorps in Betracht kämen. Was die Gewehre betrifft, so besitze die Armee 1 625 000 Stück in Repetiergewehre verwandelte Basterdi-Gewehre sammt der neuen Munition, ferner 75 000 kleinkalibrige Gewehre, und allmonatlich würden 11 000 neue Gewehre fabrizirt. Sämtliche Alpentruppen, sowie die Reserveen seien bereits mit dem neuen Gewehr bewaffnet. Hinsichtlich der Artillerie seien alle 9 Zentimeter-Kanonen neu, auch das gesamte übrige Material sei tadellos. Die Festungs-Artillerie sei in den letzten drei Jahren auf 250 Geschütze größten Kalibers vergrößert worden. Die Relation beleuchtet ferner den vorzüglichen Zustand der Festungen, namentlich auch der Alpenforts, und erklärt, daß alle Magazine gefüllt seien. Der gesundheitliche Heeresstand in Höhe von 246 Millionen Lire für für sämtliche Bedürfnisse der Armee durchaus genügend.

Venedig, 24. November. Graf Kalnoky ist hier eingetroffen und gedenkt nach einem Aufenthalt von einigen Tagen direkt nach Wien zurückzukehren.

Rußland.

Petersburg, 24. November. Die heutig Nummer des „Gefekblattes“ veröffentlicht die russisch-perische Konvention wegen des Austausches des persischen Landstrichs Piruse (Chorassan) gegen die russischen Landstriche Dschir und Abkassabad.

Großbritannien und Irland.

London, 24. November. Unterhaus. Der Chef-Sekretär des Lord-Lieutenants von Irland, Morley, theilte mit, er beabsichtige im Anfang der nächsten Session die Niederlegung ein Unterhausekomitees bezüglich der Handhabung des irischen Bodengesetzes zu beantragen. — Der Premierminister Gladstone erklärte, wenn das Marinebudget dem Hause vorgelegt werden würde, würde man finden, daß der weitere Bau von Schiffen frühzeitig begonnen werden solle und zwar mit neuen Bestimmungen zur Vermeidung eines Aufschubes in der Ausführung und gleichzeitig zur Förderung der Vollendung der bereits beordneten Schiffe. Was seine Bemerkung über die Zurückhaltung der Suprematie der britischen Marine angehe — oder besser gesagt der relativen Stärke der Flotte — so habe er auf die Zukunft hingewiesen, ohne irgend welchen Unterschied zwischen der unmittelbaren und entfernten Zukunft zu machen, und auch auf die Gegenwart. Der Premierminister erklärte ferner, die Regierung beabsichtige gegenwärtig nicht ein Gebäude zur Residenz des Herzogs von York in Irland zu erwerben; er hoffe nicht misverstanden zu werden, wenn er sage, daß es Sache von großer nationaler Wichtigkeit sei, daß die besten Beziehungen zwischen der königlichen Familie und dem irischen Volke hergestellt würden. Der Präsident der Lokalarverwaltung Fowler erklärte, die Regierung sei nicht befaßt, zwecks Beschäftigung von Arbeitslosen Bauten auszuführen oder den Lokalbehörden zu beschließen, solche vorzunehmen. Keir Hardie ist durch diese Erklärung nicht befriedigt und verlangt die Erlaubnis, die Berathung des Hauses zu beantragen, um die Aufmerksamkeit auf die Frage der Arbeitslosen zu lenken. Diese Erlaubnis wurde mit 142 gegen 44 Stimmen verweigert, worauf

Feindseligkeiten nach wie vor fort.